

«Vertrauen ist nötig, Kontrolle aber auch»

Adrian Ritz, Professor am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, warnt vor falschen Schlüssen. Die Schweiz bewege sich bei den Verwaltungsausgaben im internationalen Durchschnitt.

von Stephanie Weiss

Adrian Ritz, leistet sich die Schweiz zu viel Verwaltung?

Die Schweiz leistet sich im internationalen Vergleich nicht zu viel Verwaltung. Das Ausgabenwachstum muss aber im Auge behalten werden.

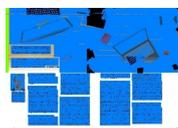
Weshalb ist dennoch von einem aufgeblähten Beamtenapparat die Rede?

Ich habe längere Zeit in der USA geforscht und dabei eine Tendenz beobachtet. Seit 20 Jahren gibt es dort politische Strömungen, die den Staat explizit zum Feindbild des Bürgers deklarieren. Das wird den freiheitsliebenden Amerikanern zwar auch mit der Muttermilch verabreicht, doch es resultiert eine verzerrte Sicht auf die Verwaltungen. In der Schweiz sind wir diesbezüglich differenzierter, wir tun jedoch gut daran, dieses Feindbild nicht zu nähren. Man muss der Verwaltung aber auf die Finger schauen,

denn es geht um Steuergelder. Für die Bürokratie gilt: Vertrauen ist nötig, Kontrolle aber auch.

Wo findet das grösste Wachstum statt?

Hier gilt es, zwischen dem reinen Verwaltungsaufwand und dem Aufwand für die Staatsaufgaben wie etwa Bildung, Soziales und Verkehr zu unterscheiden. Für letztere Bereiche hat der Aufwand klar zugenommen. Das Bevölkerungswachstum liegt im Bereich von 1,1 Prozent, das staatliche Wachstum ist etwas höher, wohingegen der reine Verwaltungsaufwand nur um ein Prozent zugenommen hat. Wir wachsen also stärker in jenen Aufgabenbereichen, wo sich das Bevölkerungswachstum niederschlägt. Dies wird auch in Zukunft so sein, denn in den nächsten 20 bis 30 Jahren wird die Anzahl der Pensionierten um 70 bis 80 Prozent und die der im tertiären Bildungsbereich Auszubildenden um 30 bis 40 Prozent zunehmen. Das schlägt



sich im Aufwand nieder.

Sparen kann man immer überall. Wo ist das in der Verwaltung sinnvoll, wo gefährlich?

Bei den staatlichen Ausgaben muss man immer die Zukunft im Auge behalten. So muss sich der Staat in einer Wirtschaftskrise verschulden, indem er Geld in die Wirtschaft pumpt, um sie zu reaktivieren. Dank der Schuldenbremse haben wir über die Konjunkturzyklen hinweg einen recht ausgeglichenen Staatshaushalt. Mit einer Verschuldungsquote von 30 bis 35 Prozent steht die Schweiz im OECD-Vergleich gut da. Solange wir die Zinsen zahlen können, ist das nicht dramatisch. Wachsende Defizite sind aber gefährlich. Der Staat muss in gewissen Bereichen investieren, um längerfristig Einnahmen generieren zu können, das macht jeder Unternehmer auch. Deshalb muss man das Ausgabenwachstum in Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum betrachten.

In der Verwaltung verdient man gut. Viele meinen, zu gut.

Auch hier gilt es zu differenzieren. Der Vorwurf, dass das Verwaltungskader generell zu viel verdient, stimmt nicht, denn die Kaderlöhne der Privatwirtschaft sind höher. Bei eher tieferen Funktionen liegt das Lohnniveau in der Verwaltung etwas höher. Die Verwaltung will ein vorbildlicher Arbeitgeber sein und nicht bei den Tiefgehältern sparen. Das Verhältnis vom niedrigsten zum höchsten Lohn liegt beim Bund bei 1 zu 6 bis 1 zu 8, in der Privatwirtschaft kann es 1 zu 40 und mehr sein. Lohnexzesse dürfen beim Staat nicht vorkommen. Gleichzeitig braucht der Staat gut ausgebildete Fachkräfte. Das kostet natürlich etwas, wenn man im Wettbewerb des Arbeitsmarktes bestehen will. Forschungen zeigen, dass niedrige Beamtenlöhne mit Korruption einhergehen. Wir haben im internationalen Vergleich eine sehr tiefe Korruptionsrate, dafür gilt es Sorge zu tragen. Bei Pauschalaussagen wie «Steuern runter, Beamtenlöhne runter» muss man sich der möglichen Konsequenzen

bewusst sein.

Gibt es für die öffentlichen Verwaltungen eine Formel für optimale Effizienz? Zum Beispiel ein goldener Schlüssel bei der Beamtenzahl gemessen an der Bevölkerung?

Nein, das gibt es nicht. Eine Verwaltung sollte so gross wie nötig, aber keinesfalls grösser sein. Verwaltungen haben kein Regulativ, wie den Markt, und müssen deshalb stets bemüht sein, sich selbst zu optimieren und unnötigen Aufwand zu eliminieren. Hierfür gibt es auch Instrumente wie Aufgabenüberprüfungen, Spending Reviews usw. Vielfach sind es aber nicht die fleissigen Staatsangestellten, sondern die von Politikern aus dem Hut gezauberten Vorstösse, welche die Verwaltung mit Aufgaben eindecken.

Ist es so, dass die Linke mehr Beamte möchte während die Rechte immer einen Abbau fordert?

Die New-Public-Management-Reformen vor 30 Jahren, die den Staat effizienter machen wollten, wurden sowohl von konservativen als auch von liberalen und linken Kreisen initiiert. Dass die Linke den Staat grundsätzlich stützen und die Rechte eher abbauen will, schlägt bei uns nicht so stark durch, weil wir ein konsensorientiertes Regierungssystem haben, bei dem es nicht nur um Parteiinteressen geht. ■



Foto: zvg

Adrian Ritz ist Dozent am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern und Experte für Verwaltungswissenschaften.